



Ausschuss für Kommunalpolitik

24. Sitzung (öffentlich)

8. Juli 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:15 Uhr

Vorsitz: Carina Gödecke (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren **5**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1312

APr 15/228

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, auf ein Votum an den federführenden Innenausschuss wegen Beratungsbedarfs zu verzichten und schließt damit seine Beratungen zu diesem Antrag ab.

2 Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken: Interkommunale Zusammenarbeit systematisch fördern 6

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/858

Ausschussprotokoll 15/206

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss lehnt nach kurzer Aussprache den Antrag mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU ab.

3 Den Kommunen einen verlässlichen Rahmen für die schulische Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geben! 9

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1793

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss verzichtet nach kurzer Verständigung einvernehmlich auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung und schließt damit seine Beratungen zu diesem Antrag ab.

4 NRW lehnt Kürzungen bei der Städtebauförderung ab und braucht sichere Ko-Finanzierung durch den Bund! 10

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2213

Der Ausschuss kommt ohne weitere Aussprache einvernehmlich überein, an der im federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr beabsichtigten Anhörung nachrichtlich beteiligt zu werden.

5	Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung	11
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2151	
	Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. In einem Obleutegespräch sollen Termin und Größe des Sachverständigenkreises festgelegt werden.	
6	Demokratische Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger stärken – Kumulieren und Panaschieren bei Kommunalwahl in NRW einführen	12
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2081	
	Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. In einem Obleutegespräch sollen die Details verabredet werden.	
7	Beförderungen in Kommunen in Haushaltssicherung	13
	Bericht der Landesregierung Vorlage 15/731	
	– Bericht von Minister Ralf Jäger (MIK)	13
	– Diskussion	13
8	Verschiedenes	23

5 Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2151

Vorsitzende Carina Gödecke schickt voraus, der Antrag sei vom Plenum am 30. Juni 2011 an den AKo überwiesen worden.

Michael Hübner (SPD) beantragt für seine Fraktion eine Anhörung. Er rege an, Termin und Größe des Sachverständigenkreises im Obleutegespräch festzulegen.

Özlem Alev Demirel (LINKE) kündigt für ihre Fraktionen einen Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung an, der in der Anhörung ebenfalls Berücksichtigung finden sollte.

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. In einem Obleutegespräch sollen Termin und Größe des Sachverständigenkreises festgelegt werden.

